

Die Senkung der Lohnsteuer

Verhandlungen im Steuerausschuss

SPD Am Mittwoch ist endlich nach langwierigen Verhandlungen eine Einigung über die Frage der Senkung der Einkommensteuer erzielt worden. Sie soll noch vor der Sommerpause des Reichstages beschlossen werden. Die Beratung eines entsprechenden Gesetzentwurfes steht bereits auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung des Reichstages. Die Einigung erstreckt sich nur auf die Parteien der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten. Abwärtend bzw. ablehnend stehen dem Gesetzentwurf die beiden anderen in der Regierung vertretenen Parteien gegenüber: die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei.

Der gemeinsame Antrag der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums sieht vor, daß der seit dem 1. Januar 1928 vorgenommene Abzug vom Steuerbetrag von 15 auf 25 Prozent, bzw. von 2 auf 3 Mark monatlich erhöht wird. Diese Ermäßigung soll allen Einkommen bis zu 15000 Mark zugute kommen. Daneben soll eine weitere Ermäßigung der Steuerleistung durch die Schaffung einer neuen Abrechnungsvorschrift erzielt werden. Vor der Steuerberechnung werden die Monateinkommen auf volle 5 Mark, die Wocheneinkommen auf volle Mark nach unten abgerundet. Jede Vorschrift soll mit dem 1. Oktober in Kraft treten.

Dieser Antrag lag in der Mittwochs-Sitzung der Steuerausschusses vor, der sich gleichzeitig mit dem kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Lohnsteuer bzw. auf weitgehenden Abbau zu beschäftigen hatte. Daß die Kommunisten es bei dieser Gelegenheit nicht an heftigen Angriffen gegen die Sozialdemokratie fehlten lassen würden, war voraussehen. Sie wurden aber sehr kleinlaut, als ihnen Abg. Herz (Soz.) durch eine kritische Beleuchtung ihres Bündels von Steueranträgen nachwies, daß sie dabei bodenlos leichtfertig handeln. Durch ihre Anträge würde eine neue Inflation in riesigem Ausmaß herbeigeführt werden. Das Interessanteste aber sei, daß die Kommunisten bei den Aktiengesellschaften nur eine Erhöhung der Steuerleistung von 20 auf 25 Prozent beantragen, obwohl bis zum Jahre 1923 ein Steuerfuß von 35 Prozent geltendes Recht gewesen sei. Die Kommunisten seien also in Wirklichkeit die Schützer des Trustkapitals. Wenn die Sozialdemokratie den vorliegenden Antrag mit dem Zentrum und den Demokraten eingebracht habe, so sehe sie darin nur eine Abschlussschaltung auf die begründeten Ansprüche der Lohnsteuerpflichtigen auf weitere Ermäßigungen ihrer Steuerlasten und einen ersten Teilerfolg auf dem Wege zu einer grundsätzlichen, von sozialen Gesichtspunkten getragenen Steuerreform.

In der weiteren Aussprache erklärte Dr. Becker (D. V.), die Deutsche Volkspartei wolle sich einer Lohnsteuerentlastung nicht entziehen, bestehe aber darauf, daß diese Angelegenheit im Zusammenhang mit den anderen Steuerfragen erst im Herbst behandelt werde. Auch der Abgeordnete Kademacher, ein deutschnationaler Großindustrieller, sprach ein glattes Nein aus.

Die Debatte wird am Donnerstag zunächst im Steuerausschuss und dann im Plenum des Reichstages fortgesetzt werden. Obwohl hinter dem gemeinsamen Antrag von Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum noch keine Mehrheit steht, wird man mit seiner Annahme rechnen dürfen, da die übrigen Parteien es kaum wagen werden, die an sich berechtigten und in ihrer Wirkung maßvolle Senkung der Steuerlasten aller kleinen Einkommenbezieher zu Fall zu bringen.

Der Nationalfeiertag im Ausschuss

SPD Dem Rechtsausschuss des Reichstages ist am Mittwoch die Vorlage über den Nationalfeiertag zugegangen. Die Vorlage steht als zweiter Punkt auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung. Ihrer Beratung dürfte insbesondere von der deutschnationalen Seite starker Widerspruch entgegenzusetzen werden. Abgesehen davon ist in Anbetracht der zahlreichen von der Opposition zu erwartenden Änderungsanträge technisch kaum die Möglichkeit zur Erledigung des Gesetzentwurfes gegeben. Die Vorlage des Reichstages wird deshalb voraussichtlich erst im Herbst zur Beratung gelangen.

Vertagung des preussischen Landtags

Der Preussische Landtag verabschiedete am Mittwoch eine ganze Reihe von kleinen Vorlagen. In der Aussprache über die zur Behebung der Notlage der Küstentischer gestellten Anträge nahm sich besonders der sozialdemokratische Abgeordnete Jürgens der Interessen der Küstentischer an. Trotzdem lehnte das Haus es ab, die Küstentischer in die Erwerbslosenfürsorge einzubeziehen, nahm aber den sozialdemokratischen Antrag an, die Fischer in der westlichen Ostsee durch geeignete Maßnahmen für den Verlust der nordseefischereiwirtschaftlichen Fanggründe zu entschädigen. Eine ausgedehnte Debatte entwickelte sich über die geplanten Zechenkliegungen und Arbeiterentlassungen im Ruhrgebiet, in der der sozialdemokratische Abgeordnete Jakob die Berechtigung der Beschäftigten, für die Bergarbeiterarbeit tief einschneidenden Maßnahmen in Zweifel zog. Da diese Materie nur reichsrechtlich geregelt werden kann, wurde die preussische Regierung beauftragt, bei der Reichsregierung auf eine Änderung des Kohlenwirtschaftsgesetzes einzumirken. Darauf vertagte sich der Landtag. Die nächste Sitzung soll am 2. Oktober stattfinden.

Potemkin und Fridericus

Die Zeit-Notizen berichten: Aus welchem Geiste heraus das Verbot des Potemkinfilms für Reichswehrsoldaten erlassen ist und aufrechterhalten wird, zeigt der Verlauf einer Unterhaltung mit einer nahebedingenden Person im Reichswehrministerium, die zunächst erklärte, da dem Reichswehrgeschäftigen jede politische Tätigkeit gesetzlich untersagt sei, dürften sie auch diesen ausgesprochen politischen Film nicht besuchen. Auf die weitere Frage, wie es dann komme, daß den Soldaten der Besuch des Fridericusfilms und der zahlreichen anderen monarchistischen, also gleichfalls politischen Filme, nicht ebenfalls verboten sei, wurde erwidert: „Über im Potemkinfilm handelt es sich doch um die Umsturz-tendenzen!“

Diese ganz naive Antwort zeigt, daß auch den Leitenden sowie politischen Rat erteilenden Offizieren des Reichswehrministeriums die Umstürztendenzen der monarchistischen Bestrebungen, deren Feindschaft gegen die republikanische Staatsform doch außer Frage steht, überhaupt nicht zum Bewußtsein kommt. Den „Umsturz von links“ sehen sie wie zur Zeit des Sozialistengesetzes, den Umsturz von rechts noch nicht einmal im Rapp-Buch; denn in der Offizierspsychologie bleibt rechts und staatsfeindlich daselbe.

Der Weg zur Macht

Wie ihn die englische Arbeiterpartei sieht

Ein Wahlprogramm

Die englische Arbeiterpartei hat ihren Ortsvereinen den Entwurf eines Wahlprogramms zugestellt, über den der im Herbst stattfindende Parteitag beschließen soll. Dem eigentlichen Programm vorausgeschickt ist eine Einleitung, die vor allem eine Abrechnung mit den beiden bürgerlichen Parteien enthält. Die Konservativen, heißt es darin, haben sich gerührt, dem Lande eine Zeit der Stabilität gegeben zu haben; es ist, antwortet das Programm, in Wahrheit die Stabilität der Fleißigkeit, der Erhaltung und des Verfalls. Sie haben alles stabilisiert: Luxus und Elend, die private Verschwendung und die öffentliche Knäusererei, die Desorganisation der Wirtschaft und die Vergeudung für Kriegsrüstungen, sie haben sogar beachtet, die Vorherrschaft des Besseren und der konservativen Partei durch Schaffung eines neuen Oberhauses für immerwährende Zeiten zu stabilisieren. Nur eines haben sie zu stabilisieren vergessen: eine menschenwürdige Existenz für die Arbeiter Englands.

Das Programm geht dann in einzelnen das Sündenregister der Konservativen und ihrer Helfershelfer, der Liberalen, auseinander. Ist es ein Wunder, heißt es zum Schluß, daß die konservative Regierung als das stärkste Bollwerk der Reaktion in Europa angesehen wird, und daß, wie ausländische Beobachter feststellen, England zwar den Krieg gewonnen, aber den Frieden verloren hat?

Dem gegenüber stellt die Einleitung eine kurze Zusammenfassung der Grundzüge der Arbeiterpartei. Sie beginnt mit der Erklärung, daß die Arbeiterpartei nicht als Wortführer einer Klasse, sondern als die politische Vertretung aller Schichten der arbeitenden Menschen auftritt. Sie bezeichnet sich ausdrücklich als eine sozialistische Partei, deren Sozialismus „weder ein gefühlsmäßiges Streben nach einer unmöglichen Utopie, noch eine blinde Bewegung des Aufzuehrens gegen Armut und Unterdrückung“ ist. Sie tritt vielmehr für die planmäßige, gewaltlose Herbeiführung einer sozialen Ordnung ein, in der die Kräfte der Gesamtheit organisiert und verwaltet sein sollen, daß jedem einzelnen Mitglied das größtmögliche Maß wirtschaftlichen Wohlstandes und persönlicher Freiheit gesichert werde. Sie will ihr Programm mit friedlichen Mitteln durch die Zustimmung der Mehrheit unter Ausnützung der demokratischen Regierungsform verwirklichen.

Grundprinzipien

Die Grundprinzipien des Programms der Arbeiterpartei sind:

Schutz des Arbeiters und des Verbrauchers gegen Ausbeutung. Steigerung des Wohlstandes des Volkes durch die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und zweckmäßiger Verwaltung auf die Gütererzeugung und die Güterverteilung.

Gemeinschaftliche Vorsorge für die gemeinschaftlichen Bedürfnisse in immer ausgedehnterem Umfang.

Heranziehung des überflüssigen Reichtums für die Zwecke der Allgemeinheit.

Systematische Friedenspolitik und internationale Zusammenarbeit.

Daher wird die Arbeiterpartei, wenn sie zur Macht gelangt, sich für folgende Ziele einsetzen:

1. Jedem Mitglied der Gesellschaft Arbeit und ein menschenwürdiges Dasein zu sichern.

2. Die Wirtschaft schrittweise und unter Bedachtnahme auf die besonderen Erfordernisse der einzelnen Berufsstände aus einem schmutzigen Kampfe um privaten Gewinn in eine gemeinwirtschaftliche Leistung im Dienste und unter der Kontrolle der Allgemeinheit zu verwandeln.

3. Alle Formen der sozialen Fürsorge: Erziehung, Volkswohlfahrt, Wohnungsfürsorge, Sozialversicherung schnell und wirksam auszubauen.

4. Das Steuerwesen zu reformieren.

5. In den internationalen Beziehungen Frieden, Freiheit und Recht herzustellen, und zwar durch Beseitigung der Ursachen internationaler Konflikte, durch Schiedsgerichtsbarkeit, durch den Verzicht auf den Krieg als Werkzeug der nationalen Politik, durch Abrüstung, durch politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes und durch Vereinbarung mit jenen Staaten, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind.

Die nächsten Aufgaben

Sodann geht das Programm zur Aufzählung der einzelnen Reformen, der nächsten Aufgaben, über. Sie lassen sich in folgende Abschnitte zusammenfassen:

Sozialpolitik: Aufhebung des Antigewerkschaftsgesetzes. — Ratifizierung des Achtstundentagesabkommens von Washington. — Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung. — Rückkehr zum Siebentundentag im Bergbau.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Vollständige Übertragung der Arbeitslosenfürsorge an den Staat (das heißt unter Ausschluß der Gemeinden usw.). — Ausdehnung der Schulspflicht bis zum fünfzehnten Lebensjahr. — Ausbau der Witwen-, Waisen- und Altersversicherung.

Wirtschaftspolitik und Sozialisierung: Einsetzung eines Landeswirtschaftsrates, der die Regierung in allen wirtschaftspolitischen Fragen beraten soll und eines Landes-Wirtschafts- und Arbeitsamtes, das die Pläne für den Ausbau der Wirtschaftskräfte und die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten entwerfen soll. — Sozialisierung des Bergbaues, der Energiewirtschaft, der Verkehrsmittel und der Lebensversicherung, insbesondere Verstaatlichung der Eisenbahnen. — Verwaltung der sozialisierten Wirtschaftszweige teils auf genossenschaftlicher, teils auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage unter Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten. — Erweiterung der Befugnisse der Gemeindefürsorge, Wirtschaftsbetriebe oder öffentliche Dienste zu kommunalwirtschaftlichen Zwecken des Rechtes der Zwangsenteignung von Grund und Boden. — Reform des Finanzausgleiches (der Abgabenteilung) zwischen Staat und Gemeinden. — Einführung einer kommunalen Steuer auf den Wertzuwachs des Grund und Bodens. — Wirksame Kontrolle des Bank- und Kreditwesens. — Steigerung der Kaufkraft der Massen und Schutz des Verbrauchers gegen übermäßige Preise durch Förderung des Genossenschaftswesens, Kontrolle über Wirtschaftsmonopole und Trusts. Erweiterung der Befugnisse der Lebensmittelkommission (eine Art Preisüberwachungsbehörde), Organisation und Kontrolle der Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr. — Ausdehnung des Grundgesetzes der öffentlichen Rechnungslegung in Bezug auf Produktionskosten und Profite (das Programm gebraucht hier den Ausdruck, die Partei wolle Handel und Industrie „von der unwürdigen Tradition des Geschäftsgeheimnisses befreien“). — Weltwirtschaftliche Zusammenarbeit im Sinne der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz, Ausgestaltung der Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes.

Agrarpolitik: Vergesellschaftung des Eigentums an Grund und Boden. — Langfristiger Wächterschutz. — Hebung der Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter, insbesondere durch Beschaffung von Wohnungen, Festsetzung von Mindestlöhnen, Beschränkung der Arbeitszeit und Verbesserung des Schulwesens.

Wohnungs- und Wohlfahrtsfürsorge: Bekämpfung der Wohnungsnot. — Schwangeren- und Säuglingsfürsorge. — Ausgestaltung des schularztlichen Dienstes, Verbesserung der Krankenversicherung. — Uebernahme der Spitäler und Heilanstalten in öffentliche Verwaltung. — Reform des Armenwesens. — Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Alkoholgesetzgebung.

Erziehung und Schulwesen: Schaffung eines demokratischen Erziehungssystems, frei vom Einfluß der Klassenunterschiede, das als ein einheitliches Ganzes vom Kindergarten bis zur Universität reicht.

Finanz- und Steuerpolitik: Herabsetzung der Rüstungsausgaben. — Abbau der Schulpflicht und der Massenverbrauchsteuern. — Reform der direkten Besteuerung, insbesondere Ermäßigung der Einkommensteuer von niedrigen und Erhöhung von großen Einkommen; Erhöhung der Erbschaftsteuern; Einführung einer gestaffelten Zusatzsteuer zur Einkommensteuer von allen Einkommen über 600 Pfund jährlich, die nicht aus Arbeit oder Erwerb stammen. — Wertzuwachsabgabe.

Verfassung: Aufrechterhaltung der unbestrittenen Vormachtstellung des Unterhauses; unerhittlicher Widerstand gegen eine Ausdehnung der Rechte des Oberhauses. — Abschaffung des Puralwahlrechtes. — Scharfe Gesetzgebung gegen Wahlmissbräuche. — Wesentlichkeit in Bezug auf Parteifonds und Beseitigung des Ticketkaufs. — Geforderter gesetzgebende Körperschaften für Schottland, Wales und England, die für die diese Länder betreffenden Angelegenheiten autonom sind.

Das britische Weltreich: Engste Verbindung Englands mit den Dominions. — Anerkennung des Rechtes des indischen Volkes auf Selbstverwaltung und Aufnahme Indiens in den Reichsverband auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit den selbstverwaltenden Dominions. — Schutz der Eingeborenen in den Kolonialgebieten vor der Ausbeutung durch das europäische Kapital, Sicherung ihres Lebens und ihrer staatsbürgerlichen Rechte. — Ausdehnung der Befugnisse der Mandatarkommission des Völkerbundes.

Außenpolitik: Die Arbeiterpartei vertritt mit Nachdruck die Grundzüge der alten Diplomatie und tritt für die Ausgestaltung des Völkerbundes und die friedliche Beilegung aller internationalen Konflikte mit folgenden Mitteln ein: Achtung des Krieges durch internationale Verträge, Abrüstung, Schiedsgerichtsbarkeit, internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere im Wege des Internationalen Arbeitsamtes, Offenheit im internationalen Verkehr, Vorlage aller internationalen Verträge an das Unterhaus, internationale politische Zusammenarbeit im Rahmen und mit Hilfe des Völkerbundes.

Die deutsche Antwort überreicht

SPD Die Antwort der deutschen Regierung auf die letzte amerikanische Note vom 23. Juni d. J. über den Wilschuh eines internationalen Pakt zur Achtung des Krieges ist am Mittwoch nachmittag dem amerikanischen Volkshaus überreicht worden. Die Note wird am Freitag veröffentlicht werden.

Die französische Antwort

SPD Paris, 11. Juli. Die französische Antwort auf die letzte Kelloggnote hat am Mittwoch die Billigung des Ministerrates gefunden. Frankreich stimmt darin im Prinzip dem letzten Friedenspaktvorschlages der Vereinigten Staaten zu, hält aber nach wie vor seine Vorbehalte bezüglich des Völkerbundes, der Locarno-Verträge, des Rechtes auf legitime Verteidigung und der regionalen Sicherheitsverträge aufrecht.

SPD Paris, 12. Juli. (Radio.)

In der Antwort der französischen Regierung auf die Kelloggnote behält sich Frankreich nach einer Meldung des Matin die volle Freiheit vor, trotz der Unterzeichnung des Kelloggpaktes zu den Waffen zu greifen, wenn die bestehenden Verträge verletzt, neutrale Zonen bedroht oder seine Verbündeten überfallen werden.

Verschöpfung in Spanien

SPD Madrid, 12. Juli. Ein amtliches Kommuniqué der spanischen Regierung, das gestern abend hier ausgegeben wurde, meldet, daß man einer neuen Verschöpfung auf die Spur gekommen sei, die ein Attentat gegen den König anlässlich seiner Anwesenheit bei der Einweihung der Transpyrenäenbahn am 18. Juli beabsichtigt habe. Inzwischen wurden in Madrid, Barcelona und Saragossa 100 Personen verhaftet. Die Polizeimaßnahmen für die Einweihungsfestlichkeiten sind wesentlich verstärkt worden.

In dem amtlichen Kommuniqué heißt es zum Schluß, daß die Untersuchung keine Rücksicht auf die amtliche Stellung derjenigen Personen nehmen werde, die einer Mitschuld an dem Komplott überführt werden sollten. Dieser Satz hat große Sensation in der Öffentlichkeit hervorgerufen. Man glaubt, daraus schlußfolgern zu können, daß auch hohe militärische oder politische Persönlichkeiten in das Komplott verwickelt seien.



Sugenberg

der durch Gründung einer alldeutschen Gruppe innerhalb der deutschnationalen Partei diese zur Spaltung treiben wird.